

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Pfennig

Dienstag

19. Januar 1926

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftszeit 9-5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,
Berlin SW. 66, Cindensstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 202-207

Regierungsbildung in der Schwebe.

Die Demokraten bleiben bei ihrem Beschluß.

Kurz nach 10 Uhr empfing der Reichskanzler Dr. Luther die Führer der Mittelparteien, um die gestern abgebrochenen Besprechungen wieder aufzunehmen. An diesen Besprechungen nahmen teil von der Deutschen Volkspartei Dr. Scholz, Dr. Japs, vom Zentrum Dr. Marx und Fehrenbach, von den Demokraten Koch und Erkelenz, von der Bayerischen Volkspartei Dr. Leichl. Wie verlautet, haben die Demokraten von ihrem heute Nacht gefassten Beschluß Kenntnis gegeben.

Die Rücksprache mit den demokratischen Vertretern dauerte nur kurze Zeit, da diese erklärten, daß sie keine weiteren Vorschläge zu machen hätten.

Der Reichskanzler hatte dann nacheinander Einzelbesprechungen mit den Vertretern des Zentrums, der Deutschen Volkspartei und der Bayerischen Volkspartei. Im Anschluß daran fand eine gemeinsame Konferenz Dr. Luthers mit den Führern dieser drei Parteien statt. In dieser Konferenz soll noch einmal geprüft werden, ob eine Möglichkeit besteht, die demokratische Fraktion zu einer Regierungsbildung der Mitte hinzuzuziehen. An diesen Besprechungen nahmen auch der Außenminister Dr. Stresemann, der Arbeitsminister Dr. Brauns, der Postminister Stingl und Reichswehrminister Dr. Götler teil.

Die Sitzung der Demokraten.

Nach der Besprechung zwischen Luther und den Mittelparteien am heutigen Vormittag waren zunächst Gerüchte entstanden, wonach den Demokraten ein Kompromißvorschlag unterbreitet worden sei, über den die demokratische Fraktion in einer neuen Sitzung beraten sollte. In Wirklichkeit ist ein solcher konkreter Kompromißvorschlag bisher nicht unterbreitet worden.

Die Sitzung der demokratischen Fraktion, die um 12 1/2 Uhr begann und bis 2 Uhr dauerte, war bereits gestern abend vereinbart worden, um die Wirkung des ablehnenden Beschlusses, den die Fraktion am Mittwoch gefaßt hatte, zur Kenntnis zu nehmen. Alle Gerüchte, wonach den Demokraten ein Kompromiß angeboten worden sei in der Form, daß Koch Bizekzler und vielleicht zugleich auch Finanz- oder Wirtschaftsminister werden sollte, während das Innenministerium einem weniger „prononcierten“ Demokraten, z. B. Dr. Kälz, angetrauen werden würde, sind unrichtig. Sie sind darauf zurückzuführen, daß Dr. Luther am Montag abend tatsächlich derartige Andeutungen gemacht hatte, die jedoch von den demokratischen Unterhändlern zurückgewiesen wurden.

In der Fraktionssitzung der Demokraten wurde nun ein schwacher Versuch unternommen, durch „Auslegung“ des gestrigen Beschlusses und mit Hilfe der Lutherschen Andeutungen die Fraktion zum Umsturz zu bewegen. Aber die sehr große Mehrheit der Demokraten wandte sich ganz entschieden gegen derartige dialektische Kunststücke. Es wurde zum Ausdruck gebracht, daß in der Frage des Antifaschismus kein Unterschied zwischen Koch und Kälz gemacht werden könne und daß die Selbstschaffung der demokratischen Parteien ihr verbiete, in diesem Punkte nachzugeben. Die Demokraten stellten sich schließlich auf den Standpunkt, daß für sie kein Anlaß vorliege, eine weitere Fraktionssitzung abzuhalten, da ihr gestriger Beschluß eindeutig und endgültig sei.

Die demokratische Presse begegnet dem Vorstoß der Bayerischen Volkspartei für die Festlegung der „Regierung der Mitte“ auf den Rechtskurs mit berechtigter Erregung. Das „Berliner Tageblatt“ schreibt:

„Das Kabinett der Mitte, mit dessen Bildung der Reichspräsident v. Hindenburg den Reichskanzler Luther beauftragt hatte, ist also deshalb gescheitert, weil die Bayerische Volkspartei als Innenminister einen Staatsmann ablehnte, der befähigt und entschlossen war, dieses Ministerium im Geiste der Reichstreue und der Verfassungstreue zu führen, und weil der Reichskanzler Dr. Luther nicht den Mut oder nicht den guten Willen hatte, diesen ungeheuerlichen Einspruch zurückzuweisen. Die klare und eindeutige Haltung der demokratischen Fraktion wird weit über die Kreise der Partei hinaus, Anerkennung finden. Ueber die Konsequenzen wird noch zu reden sein.“

Die „Vossische Zeitung“ stellt fest:

„Es handelt sich hier um ein Vorkommnis, für das es in der parlamentarischen Geschichte der letzten Jahre überhaupt keinen Vergleich gibt. Geradezu grotesk aber wirkt die Begründung der Ablehnung Kochs durch die Bayerische Volkspartei, die sich der Reichskanzler durch seine jegliche Haltung zu eigen macht. Denn es ist wohl in keinem anderen Land bisher vorgekommen, daß man als Grund des Widerspruchs gegen einen Minister eines Landes geltend macht, daß er die Stärkung der Reichsgewalt des Landes auf seine Fahne geschrieben habe. Nach dieser Ablehnung war für die demokratische Partei ein Verhandeln überhaupt nicht mehr möglich. Denn es müßte ganz ausgeschlossen sein, daß an die Stelle Kochs irgendein anderes Mitglied der Fraktion trat, das sich damit ja den Vorwurf hätte machen lassen müssen, daß es weniger entschieden demokratisch und weniger entschieden auf die Wahrung der Rechte des Reiches als Reichsminister hätte bedacht sein wollen. Wenn man annimmt, daß der Reichskanzler Dr. Luther wirklich die Absicht gehabt hat, ein parlamentarisches Kabinett der Reinen Koalition zustandezubringen, so muß man über die Ungeschicklichkeit staunen, die dieser sonst so geschickte Mann für die Durchführung seines Planes entwickelt hat. In diesem Falle bliebe nach unserer Auffassung dem Reichskanzler allerdings nichts anderes übrig, als heute bereits seine Mission in die Hände des Reichspräsidenten zurückzugeben.“

Die „Germania“ berichtet über die Verhandlungen von gestern mit deutlicher Sympathie für die demokratische Haltung. Sie läßt erkennen, daß hinter der Bayerischen Volkspartei die Deutsche Volkspartei als Treiber steht. Sie berichtet aus den Verhandlungen:

„Dann kamen die Volksparteiler auf die „einfachste Lösung“ zurück, nämlich auf ihren ursprünglichen Vorschlag, das Innenministerium mit einem der ihrigen zu besetzen.“

Es sollte eine „Regierung der Mitte“ zustande gebracht werden, die in Wahrheit ein maskiertes Rechtskabinett sein sollte. Das ist der Sinn des Streits.

Lohnpolitik der Reichsbahn.

Geschichte eines Schiedsspruches.

Das Schlichtungsverfahren, das die jüngste Lohnbewegung der Arbeiter der Reichsbahn im wesentlichen zum Abschluß gebracht hat, zeichnet sich durch eine Reihe von Eigentümlichkeiten aus, die zu einer Betrachtung im Zusammenhang geradezu herausfordern.

Das Verfahren hatte, wie wohl jedes andere dieser Art, außer dem Hauptteil, den eigentlichen Verhandlungen mit dem Schlichter und im Schiedsgericht, ein Vorspiel und — was nicht mehr so ganz alltäglich ist, — zur harmonischen Abrundung des Gesamtbildes obendrein ein Nachspiel. Unter dem Vorspiel verstehen wir die Einleitung des Verfahrens durch das Reichsarbeitsministerium, vor allem also die Bestellung des „besonderen Schlichters“.

Nur nebenbei erinnern wir daran, daß die Reichsbahn-Gesellschaft sichtlich bestrebt war, bereits die Verhandlungen der Parteien untereinander, die dem Verfahren vor der Schlichtungsbehörde vorausgehen müssen, so lange wie möglich hinauszuziehen und eine klare Antwort auf die Forderungen der Gewerkschaften so spät wie möglich zu erteilen. Als die — selbstverständlich ablehnende — Antwort der Reichsbahn-Gesellschaft am 14. Dezember endlich gegeben wurde, beantragten die Gewerkschaften sofort die Einleitung des Schlichtungsverfahrens beim Reichsarbeitsminister.

Damit beginnt das, was wir das Vorspiel nennen. Es kostete unendliche Mühe, eine Persönlichkeit zu finden, die den Parteien genehm und zur Übernahme des Schlichteramtes bereit und auch sachlich in der Lage war, die vorliegende Aufgabe ohne Verzögerung in Angriff zu nehmen. Staatssekretär a. D. Rüdlin erklärte sich schließlich als einzige der darum befragten Persönlichkeiten bereit, das Schlichteramt zu übernehmen, aber mit dem Vorbehalt, daß er das Verfahren erst am 29. Dezember eröffnen könne. Da, wie gesagt, eine andere geeignete Persönlichkeit überhaupt nicht zur Verfügung stand, mußte das Verfahren trotz seiner Dringlichkeit bis zu dem von Herrn Rüdlin bezeichneten Tage ruhen.

Es trat also ein Zustand der Verzögerung ein, der dem Erfolg eines Schlichtungsverfahrens außerst gefährlich werden kann und der daher Zweifel darüber aufkommen lassen muß, ob das für Fälle dieser Art gesetzlich vorgeschriebene Verfahren, das immer mit dem Herumsuchen nach einer zur Schlichtung geeigneten Persönlichkeit verbunden ist, seinen Zweck überhaupt zu erreichen vermag. Zweck des Schlichtungsverfahrens ist es, soziale Reibungen zu mildern und offene soziale Kämpfe, Streiks und Aussperrungen nach Möglichkeit zu verhüten. Diese Aufgabe, die nur erfüllt werden kann, wenn das Verfahren schnell durchgeführt wird, wenn die Schlichtung dem sozialen Kampf zuvorkommt, wird für besonders wichtig gehalten bei Lohnbewegungen in lebenswichtigen Wirtschaftszweigen. Zu diesen gehört die Reichsbahn ohne Zweifel. Schnelles, entschlossenes Handeln der zuständigen Behörde und reibungsloses Funktionieren des geschlichen Apparates sind hier vor allem geboten — und nun zeigt sich, daß der Mechanismus des Schlichtungsbetriebes gerade an dieser Stelle versagt. Wir fühlen uns verpflichtet, die Öffentlichkeit auf diesen Vorgang aufmerksam zu machen, weil wir in ihm einen Prüfstein für die Brauchbarkeit des noch unserer Ansicht wichtigsten Teiles des gesamten Schlichtungswesens erblicken. Die Erfahrungen, welche die Eisenbahner jetzt mit dem Schlichtungswesen machen mußten, dürfen bei einer zukünftigen gesetzlichen Neuregelung des Schlichtungsverfahrens nicht übersehen werden.

Wir verbinden jedoch mit unseren Feststellungen keinerlei Vorwürfe gegen die Beamten des Reichsarbeitsministeriums, deren Aufgabe es war, den Schlichter zu berufen und das Verfahren auf die Beine zu stellen, und wir erheben auch keine Anklage gegen die Person des Schlichters selbst. Obwohl die Ergebnisse der Schlichtung die Gewerkschaften keineswegs befriedigten, halten sie sich doch von einer persönlich gerichteten Kritik an den im Schlichtungswesen tätigen Männern fern.

Das Unternehmertum gibt allerdings auch hierin ein schlechtes Beispiel. Es verfolgt die Männer, die sich einmal der Schlichtung eines Lohnstreites bei der Reichsbahn zur Verfügung gestellt und dabei ein gewisses Verständnis für die Lage der Arbeiter und die Forderungen der Gewerkschaften gezeigt haben, besonders hartnäckig mit seiner Kritik noch lange über den Zeitpunkt des betreffenden Ereignisses hinaus. Das Unternehmertum ist sichtlich bestrebt, seine Herrschaft über die Reichsbahn-Gesellschaft mit Hilfe seiner Vertreter im Verwaltungsrat fest zu begründen. Dazu erscheint es ihm vor allem nötig, die Lohnpolitik der Reichsbahn-Gesellschaft so zu bestimmen, daß sich aus dieser Lohnpolitik keine von den Unternehmern als unangenehm empfundenen Konsequenzen für andere Zweige der Wirtschaft ergeben können.

Daran zeigt sich zunächst, daß infolge der Umwandlung des Reichsbahnunternehmens in eine Gesellschaft und der daraus entstandenen engen Verbindung der Interessen des Kapitals mit denen der Reichsbahn-Gesellschaft die Lohnbewegungen der Eisenbahner und ihr Ausgang wachsende Bedeutung für eine große Zahl anderer Industriezweige und ihrer Arbeiter und Angestellten erlangt haben. Das alles zusammen, die gegen die Personen der Schlichter gerichtete Kritik der Unternehmer und die Bedeutung der Aufgabe, die mit jedem Schlichtungsverfahren in dieser Sphäre verbunden ist, sind die Gründe dafür, daß sich so wenig

Gegen den Rhein-Militarismus.

Schritt des deutschen Botschafters in Paris bevorstehend.

Paris, 19. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Wie der „Petit Parisien“ mitteilt, wird der deutsche Botschafter in Paris, von Haesch am Dienstag oder Mittwoch dem französischen Ministerpräsidenten einen Besuch abstatten, um ihm die Einwände der deutschen Regierung gegen die Aufrechterhaltung der Besatzungstruppen in einer Stärke von 75000 Mann in der zweiten und dritten Besatzungszone zu übermitteln.

Nach einer offiziellen Meldung aus London sind die deutschen Einwände, die der englischen Regierung bereits durch den deutschen Botschafter gemacht worden sind, augenblicklich Gegenstand der Prüfung durch die englische Regierung. Bevor eine Antwort an die deutsche Regierung erteilt wird, soll ein Meinungs-austausch zwischen London, Paris und Brüssel stattfinden.

Der Fall Luppe.

Protest der Kommunalbeamten — Einstellung des Verfahrens?

Nürnberg, 19. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Zum Verfahren gegen Oberbürgermeister Luppe nehmen jetzt auch die Nürnberger Kommunalbeamten Stellung. Einstimmig fahnen die in der Reichsgewerkschaft Deutscher Kommunalbeamten organisierten Beamten der Stadt Nürnberg eine Entschlieung, worin auf das schärfste dagegen protestiert wird, daß im Verfahren gegen den Oberbürgermeister Dr. Luppe von unverantwortlichen Elementen in Wort und Schrift mit den niedrigsten Mitteln eine nicht mehr zu überbietende Hehe getrieben wird:

„Die republikanische Beamtenschaft in Nürnberg ist überzeugt, daß das ganze Treiben der Gegner des Oberbürgermeisters nur daraus entspringt, daß Dr. Luppe ein überzeugter Anhänger der republikanischen Reichsverfassung ist.“

Die Gemeindebeamten handeln im Sinne der übertragenen Wehrzahl der Nürnberger Eisenbahner, wenn sie der Hoffnung Ausdruck geben, daß Herr Oberbürgermeister Dr. Luppe recht bald in sein Amt zurückkehrt.“

Am vergangenen Sonnabend wurde Dr. Luppe und am heutigen Dienstag der Stadtschreiber Japs vom Untersuchungsrichter vernommen. Wie in eingeweihten Kreisen verlautet, zieht man aus dem Umstand, daß weder gegen den Polizeidirektor Bareis noch gegen den Führer der Reichsflagge, Hauptmann Heß, denen ebenfalls Widersprüche in ihren Zeugenausagen im Streicher-Luppe-Prozess nachgelagert wurden, von der Staatsanwaltschaft ein Verfahren eingeleitet wird, den Schluß, daß gegen Luppe der Prozess nicht eröffnet wird. Man rechnet damit, daß binnen vierzehn Tagen bis drei Wochen das Verfahren gegen Luppe zur Einstellung kommt.

Das Urteil im Grans-Prozess.

12 Jahre Zuchthaus.

Hannover, 19. Januar. (WIB.) Heute mittag 1.15 Uhr wurde das Urteil im Grans-Prozess gefällt. Das Urteil des Schwurgerichts vom 19. Dezember 1924 wird, soweit es Grans betrifft, aufgehoben. Der Angeklagte Händler Freiherr Grans, wird wegen Beihilfe zum Mord in zwei Fällen zu einer Gesamtstrafe von 12 Jahren Zuchthaus und Tragung der Kosten des Verfahrens verurteilt. Außerdem werden dem Angeklagten die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 12 Jahren aberkannt, ferner wird auf die Zulässigkeit der Stellung unter Polizeiaufsicht erkannt.

Ausdehnung des Fälscherprozesses.

Wirkung der französischen Wahnung.

Budapest, 19. Januar. (WIB.) Vorgestern spät abends ist Prinz Windischgrätz von der Staatsanwaltschaft einem Verhör unterzogen worden, das bis Mitternacht dauerte. Nach dem Verhör erklärte der Oberstaatsanwalt Journalisten gegenüber, es sei eine Ergänzung der Untersuchung notwendig geworden, die auch schon im Zuge sei. Es würden neue Verhöre angestellt, da in den bisherigen Aussagen gewisse Lücken und Widersprüche vorhanden seien. Die Untersuchung werde Montag fortgesetzt werden.

unabhängige Persönlichkeiten finden, die bereit sind, dieses Spiel zu wagen. Da aber das System auf die freiwillige Mitwirkung solcher Persönlichkeiten eingerichtet ist, wird es an diesem Punkte immer wieder versagen.

Dem Hauptteil der Affäre, dem eigentlichen Schlichtungsverfahren, das mit dem bekannten Schiedspruch endete, der, je nach der Lohngruppe, ein bis zwei Pfennige Zulage pro Stunde vorschlug, diesem Hauptteil folgte das Nachspiel.

Der Schlichter hatte als Endtermin der Erklärungsfrist den 12. Januar bestimmt. Die Gewerkschaften hatten sich bis dahin für die Annahme des Schiedspruchs entschieden und sie gaben rechtzeitig dem Reichsarbeitsminister den entsprechenden Bescheid. Die Reichsbahngesellschaft aber hatte es nicht fertiggebracht, sich rechtzeitig zu entscheiden. Am Tage des Ablaufs der Frist stellte sie daher an den Reichsarbeitsminister das Ansuchen, die Erklärungsfrist zu verlängern. Die Herren, die im Auftrage der Gesellschaft diese Angelegenheiten besorgen, Männer, die bei der Beratung arbeitsrechtlicher Gesetze im Reichstage wiederholt auch im Auftrage der Regierung mitgewirkt haben, wissen genau, daß die gesetzlichen Bestimmungen dem Reichsarbeitsminister keine Möglichkeit zu einer solchen Verlängerung der Erklärungsfrist bieten. Wenn sie trotz solcher Kenntnis der gesetzlichen Vorschriften so seltsame Forderungen erheben, so hat das vor allem den Zweck, in der Öffentlichkeit den Eindruck hervorzurufen, als habe die Reichsbahngesellschaft auch gegen diese geringe Aufbesserung der Eisenbahnerlöhne die bestmögliche, selbstverständlich nur von einer großen Verantwortung für das volkswirtschaftliche Ganze eingegebenen Bedenken.

Außerdem glauben sie immer wieder nachweisen zu müssen, daß die zu einem gewissen Schutze der Arbeiter gegebenen gesetzlichen Vorschriften für sie und ihr Unternehmen unpassend seien, damit sie davon den Anspruch ableiten können, daß zu ihrem Vorteil von den gesetzlichen Vorschriften abgewichen werde. Sie versäumen daher keine Gelegenheit, geschwätzig zu handeln oder geschwätzig Ansprüche zu erheben, weshalb aber auch wir keine Gelegenheit versäumen wollen, auf die Motive und die krummen Wege dieser Herren aufmerksam zu machen.

Die Gewerkschaften hielten sich dagegen streng an die gesetzlichen Bestimmungen. Sie betrachteten das Ausbleiben der Erklärung der Reichsbahngesellschaft als Ablehnung des Schiedspruches und beantragten die Verbindlichkeitsklärung. Die Verhandlungen, die der Verbindlichkeitsklärung vorausgehen müssen, fanden am Sonnabend, den 16. Januar statt. In diesen Verhandlungen forderte nun die Gesellschaft, das Verfahren möge bis Ende Januar ausgesetzt werden, damit sie Zeit habe, sich für oder gegen den Schiedspruch zu entscheiden. Wir brauchen nicht mehr nachzuweisen, daß diese neue Unverschämtheit abermals gegen den Sinn des Schlichtungsverfahrens verstößt. Ein Schlichtungsverfahren ist wahrlich kein Experiment mit der Geduld ausgebeuteter Arbeiter, die sich in einer Lohnbewegung befinden. Der Reichsarbeitsminister konnte daher dieser neuen Aufforderung, den Boden des Gesetzes zu verlassen, um der Reichsbahngesellschaft gefällig zu sein, unmöglich folgen, und er hat daher noch am gleichen Tage die Verbindlichkeitsklärung beschlossen.

Der ganze Vorgang läßt die große Bedeutung der Lohnbewegungen der Eisenbahner für zahlreiche andere Arbeitnehmer erkennen und zeigt überdies von neuem, was die in der Reichsbahngesellschaft gegenwärtig führenden Kreise den Arbeitern, der Öffentlichkeit und der höchsten Schlichtungsbehörde, dem Reichsarbeitsministerium, zu bieten wagen. Die Lohnbewegung der Eisenbahner ist aber damit nicht abgeschlossen, denn nach der Verbindlichkeitsklärung des Spruches beginnen nun die Verhandlungen über die Ortslohnzulagen auf Grund des gleichen Schiedspruches.

Politische Justiz.

Ein Außerordentlicher Oberstaatsanwalt soll niedergehegt werden.

Vor dem Großen Schöffengericht Chemnitz wird demnächst der Prozeß gegen den Freiburger Oberstaatsanwalt K. M. M. durchgeföhrt. Es handelt sich um einen der tollsten Fälle des politischen Mißbrauchs der Justiz gegen einen sozialistischen Beamten.

Dr. Komus ist von der früheren sächsischen sozialistischen Regierung zum Oberstaatsanwalt beim Freiburger Landgericht bestellt worden. Gegen ihn richteten sich besondere Angriffe des Generalleutnants Müller; wie sehr die Militärverwaltung an den nachfolgenden Ereignissen interessiert ist, ergibt sich daraus, daß sich in den letzten wiederholt Anfragen des Heeresanwalts befinden, die sich nach dem Stand des Verfahrens erkundigen, obgleich doch der hier in Rede stehende Prozeß reine Angelegenheit der Zivilverwaltung ist.

Nachdem nach dem Einmarsch in Sachsen die sozialistische Regierung beseitigt war, wurden Versuche unternommen, den Oberstaatsanwalt Komus zu beseitigen. Man bot ihm die Stelle eines Sondergerichtsdirektors an. Er lehnte ab. Nachdem also die Versuche, ihn auf gutem Wege aus der staatsanwaltschaftlichen Tätigkeit zu beseitigen, gescheitert waren, wurde ein anderes Verfahren eingeschlagen. Die Generalstaatsanwaltschaft in Dresden in engstem Einvernehmen mit dem sächsischen Minister Büniger leitete gegen den Oberstaatsanwalt ein Verfahren aus § 346 Str.G.B. ein: es wurden nahezu seine gesamten Akten durchgesehen und daraufhin geprüft, ob er linksstehende Beschuldigte begünstigt habe. Nachdem die Voruntersuchung eröffnet und durchgeführt war, beantragte die Staatsanwaltschaft die Einstellung des Verfahrens. Eine Strafkammer in Freiberg unter Vorsitz eines extremen deutschen Landgerichtsdirektors Dr. Siebdrath eröffnete das Verfahren in sieben Fällen. Hiernach ist Dr. Komus beschuldigt, es in sieben Fällen in der Absicht, einen Beschuldigten der Strafe zu entziehen, unterlassen zu haben, die Strafverfolgung durchzuführen. Es handelt sich bei diesen sieben Fällen:

1. Um einen Fall, in dem der sozialdemokratische Redakteur in Freiberg der Beleidigung des Generals Müller durch die Presse beschuldigt war; Komus hat das Verfahren wegen Nichtvorliegens einer Beleidigung eingestellt.

2. In allen übrigen sechs Fällen handelt es sich um mehr oder weniger bedeutende oder unbedeutende Auftritte, die teils als Landfriedensbruch, teils als Körperverletzung, teils als Nötigung zur Anzeige gebracht waren. In diesen sechs Fällen, die einen Teil eines Gesamtbezugs von etwa tausend Fällen darstellen, hat Komus das Verfahren eingestellt, teils aus Rechtsgründen, teils weil sich ein Täter nicht hatte ermitteln lassen.

In allen diesen Fällen aber hat Komus Verfolgungsmaßnahmen unternommen, Vernehmungen durch die Polizeibehörde, teilweise durch das Amtsgericht angeordnet und seine Entscheidung erst auf Grund vorgenommener Ermittlungsmaßnahmen getroffen. Es wird ihm in diesen Fällen nur zum Vorwurf gemacht, er hätte noch mehr ermitteln müssen.

In allen Fällen hat auch Komus den begründeten Einstellungsbefehl den Angezeigten bzw. Verletzten zugestellt, so daß also die Verletzten Gelegenheit hatten, wenn ihnen die Einstellung unrecht erschien, Beschwerde zu erheben und damit über den Kopf des Oberstaatsanwalts weg das Verfahren weiter in Gang zu halten. Von dieser Möglichkeit hat der General Müller in dem Fall unter 1 Gebrauch gemacht mit dem Erfolg, daß die Generalstaatsanwaltschaft in Dresden die Beschwerde des Generals Müller zurückwies, also die Entscheidung des Oberstaatsanwalts billigte. Derselbe Generalstaatsanwaltschaft ist nunmehr auf Grund des Beschlusses jener Strafkammer gezwungen, den Oberstaatsanwalt Komus des Verbrechens aus § 346 Str.G.B. anzuklagen wegen eines Beschlusses, den sie selbst gebilligt und nicht abgeändert hat.

Da in den gesamten Akten auch nicht eine äußerlich inkorrekte Handlung dem Oberstaatsanwalt Komus nachgesagt werden kann, alle Akten ordnungsgemäß geführt sind und alle vom Gesetz strikt vorgeschriebenen Handlungen geschehen sind, ist diese Anklage allein geführt auf den inneren Tatbestand: die ganze Anklage beruht auf

der durch keinen sachlichen Beweis gestützten Behauptung, der Oberstaatsanwalt habe aus politischen Motiven zugunsten der Angeklagten gehandelt. Rein äußerlich liegt der Fall so, daß, was wohl gleichfalls in der deutschen Rechtsgeschichte noch nicht vorkam, sämtliche Freiburger Richter sich einer nach dem andern von sich aus für befangen erklärten, so daß für die Verhandlung des Straffalles durch das Oberlandesgericht Dresden das Große Schöffengericht in Chemnitz bestimmt werden mußte.

Die Hohenzollern gegen die Kleinen.

Ein Propagandafeldzug für den Raubzug.

Der „Demokratische Zeitungsdienst“ macht auf eine „Vereinigung für einen rechtlichen Ausgleich des Staates mit dem Hause Hohenzollern“ aufmerksam, die wahrscheinlich eine verkäufliche Propaganda- und Pressestelle der Hohenzollern ist. Sie überschneidet die demokratische Presse mit Zeitungsartikeln über die Abfindung. Die Art dieser Propaganda wird durch einen Artikel gekennzeichnet, in dem es heißt:

„Die Not der Zeit erfordert bringender denn je, daß übertriebene und lächerliche Forderungen unberücksichtigt bleiben. Der demokratische Antrag findet seine Rechtfertigung vor allem darin, daß das thüringische Staatsministerium einen Hilfsplan an die Reichsregierung gerichtet hat, weil es unter der Last der Fürstenforderungen finanziell zusammenbrechen würde. In gleicher Weise und undiskutabel und selbstverständlich einige Forderungen, wie sie in Mecklenburg verfochten werden.“

Der Aufsatz fordert weiter dazu auf, diese „kleineren Fürstendhäuser zur Räson zu bringen“. Hier müsse „zweifellos kräftiger zugepackt“ werden. Die Hohenzollern dagegen müßten geknallt werden, da der vorgeschlagene Vergleich dem Staat alle die Werte sichere, die ihm „sinngemäß“ zufallen.

Das edle Herz der Hohenzollern erscheint wieder einmal in bengalischer Beleuchtung. Nachdem gerade ihre unerschämten Forderungen eine Empörung hervorgerufen haben, die eben so stark wie einmütig ist, versuchen sie durch eine Hegaktion niedrigster Art die Bewegung auf ihre „kleineren“ Bettern abzuwälzen. Der Versuch ist so plump, daß er das Gegenteil von dem zur Folge haben wird, was er beabsichtigt. Derartige Methoden werden auch denen die Augen über die „Moral“ der Hohenzollern öffnen, die bisher der Meinung waren, die Frage der Abfindung sei ein Rechtsproblem, das am grünen Tisch gelöst werden könne. In dem Artikel der hohenzollernischen Propagandastelle wird eindeutig empfohlen, den Rechtsboden, wie er durch die Gerichtsentscheidungen in den Fällen Mecklenburg und Thüringen geschaffen worden ist, zu verlassen, soweit er die kleineren Fürstendhäuser angeht. Das Reich wird nicht päpstlicher zu sein brauchen als die Hohenzollern. Fordern die Hohenzollern dazu auf, die kleinen Fürstendhäuser zur Räson zu bringen, so wird das Reich daraus für sich das Recht herleiten können, mit den Hohenzollern nach derselben Methode zu verfahren. Die Pressestelle der Hohenzollern trägt damit zur Klärung der Lage bei, indem sie selbst zugibt, daß die Gerichte in dieser Frage nicht das letzte Wort haben können.

Berechnung Mahrauns und Bornemanns. Wie die Telegraphenunion erfährt, werden heute der Hofmeister Mahraun und der Kanzler Bornemann des Jungdeutschen Ordens in Berlin von einem aus Leipzig entsandten Vertreter des Oberreichsanwalts vernommen.

Der Konkurs des Konzerns Deutscher Landbrüdergenossenschaften. Auf eine kleine Anfrage der Kommunisten über eine etwaige Beteiligung des Preussischen Staates an dem Ende November v. J. in Konkurs gegangenen Konzern Deutscher Landbrüdergenossenschaften erteilt der preussische Finanzminister nachfolgende Antwort: Der Preussische Staat hat dem in Konkurs geratenen Konzern Deutsche Landbrüdergenossenschaften e. G. m. b. H. in Liquidation, Weizen, Roggen, 107. keine Geldmittel zur Verfügung gestellt. Der Preussische Staat ist an dieser Genossenschaft weder mittelbar noch unmittelbar beteiligt.

Kollwitz-Ausstellung in New York.

Von Louise Diez.

New York, Anfang Januar.

Beim Abschied von Berlin schaute mich Frau Kollwitz lang halb ängstlich-befragt, halb sinnend-gespannt an und meinte dann: „Was Sie mit dieser Ausstellung wohl alles erleben werden!“

Ich kann es ihr jetzt erzählen. Zwei Ausstellungen haben stattgefunden: Eine auf hoher See an Bord des „Albert Ballin“, die nur wenige Stunden dauerte, und dann die New Yorker im Civic Club, welche vor Weihnachten eröffnet wurde und in den ersten Januartagen ihren Abschluß fand.

Zu vielen Hunderten sind gekommen, um sich Kollwitz-Kunst anzusehen. Die einen kannten sie aus ihrer Jugend aus Deutschland vor zwanzig Jahren, die anderen lesen den „Pionier“ der New Yorker Volkszeitung, wieder andere erinnern sich an Reproduktionen in deutschen Zeitschriften... aber beinahe alle konnten sie oder hatten schon eine persönliche Einstellung zu ihr. Es war oft rührend und im Innersten beglückend, zu beobachten, mit welcher Andacht und Hingabe jedes einzelne der vielen Blätter stundenlang betrachtet wurde, und dann das Urteil zu hören: Schlicht und selbstverständlich, als ob es gar nicht anders lauten könnte, als ob es aller Muttersprache wäre. Und das war es für diese Freunde im tiefsten Sinn. Sie empfanden kein Grauen, kein Fremdseln, sie fühlten sich daheim. Das ist traurig und schön — beides zugleich, tief besänftigt erkannte ich das immer wieder.

Die Gewißheit in mir wuchs mehr und mehr, und heute kann sie mir niemand mehr umstoßen: Käthe Kollwitz wurzelt so tief in der Seele des Volkes, jedes Einzelnen, Suchenden, Leidenden, Ringenden; ihr Werk gibt ihm immer wieder Halt und Kraft zum Tragen, ohne zu resignieren, ohne sich zu ergeben... Sie spornen an und sie beschwichtigen, sie zeigen Anfang und Ende jener zeitlosen, ewigen Tragödie, die sich Aufruhr und Krieg nennt, und in jedem zu jeder Zeit gärt und kämpft. Sie spricht Mensch zu Mensch. Wer tut das sonst? Schaltet alles andere aus, läßt alles Beiwert. „Daß der Mensch zum Menschen werde“, darauf allein kommt es an!

Ich denke an den vergangenen Weihnachtsstag, wie der „Arbeitervereinsverein Naturfreunde“ die Ausstellung besuchte und wie miteinander alle die vertrauten Bilder betrachteten und zu uns sprachen ließen, und wir dann im vollen Chor deutsche Lieder sangen, glücklich inmitten dieser Welt des Ernstes, froh von innen heraus. Das war Bestimmung, selten hat sie mich so gefaßt, ich werde ihr noch oft nachsinnen.

Das alles möchte ich Käthe Kollwitz erzählen, möchte ihr im Namen von uns allen die Hand dankbar schütten, daß sie ihr Leben so dem Menschheitswerte gewidmet. Und ich möchte ihren Freund und Gatten, Dr. Karl Kollwitz, dabei gewiß nicht vergessen, fenne ich ihn doch, sein Hilfswort an armen Kranken, das nie ruht und unaussprechlich ein ganzes Menschenalter nun schon wirkt. Wenn ich bei diesen lieben Menschen in der freundlichen Stube mit den Michelangelo-Bildern an den Wänden in Gedanken Einfuhr halte und von Welt und Dingen mit ihnen plaudere, dann fühle ich, daß es doch eigentlich keine Trennung gibt und die wirkliche Gemeinschaft zeit- und raumlos ist.

Wenn hoffentlich in diesem oder dem nächsten Jahre das Ehepaar Kollwitz nach Amerika kommt, dann wird es viele Freunde vorfinden, die ihm alle zurufen: „Wir sind gute Bekannte, wir kennen uns längst — von Mensch zu Mensch, von Welt zu Welt!“

„Dunkle Tänze“ hieß das Programm der Sonntagsveranstaltung unseres Berliner Bildungsausschusses in der Philharmonie. Ein leichter, locker gebauter „Aufsatz“, den Harald Reuherg mit dem Tanzensemble der Staatsoper brachte, leitete es ein, in dem etwas billigen, aber amüsanten „Rodeo-Marsch“ (Max Terpis und Ensemble) klar es aus. Man sah neben einigen Neuheiten viele liebe alte Bekannte, denen man immer wieder gern begegnet. Reuhergs „Aurora“, das stärkste männliche Solo der modernen Tanzbühne, bildete den Höhepunkt. Ihm schloß sich ein Walzer der Ruth Marcus an, der nicht nur technisch durch seine effektvollen Pirouetten wirkte, sondern auch choreographisch mit einer farblosen Fülle feinsten ausdrucksvoller Details ein kleines Koboldstück bildet. Max Terpis pläzierte in einem phantastisch komponierten, schmissig gezeichneten, Chromatischen Galopp. Edith Mosler und Käthe Reumann gaben einlaie schon aus dem Blüthenjahr bekannte Nummern: Das Pas de deux „Auffassung“, den „Spanischen Tanz“ (Proser) und die kompositorisch nicht konsequent gebaute, an einer Uebersülle kontrastierender Motive leidende, durch die hinzutretende tänzerische Ausführung aber sehr wirksame „Rhapsodie“ (Reumann). Ueberaus schön war wieder Elisabeth Grube, deren Entwicklung von der Primaballerina zur modernen Tänzerin dauernd erfreuliche Fortschritte macht. Ihre „Humoreske“ habe ich nie so lebendig und dabei so prägnant blumig und spielerisch leicht gesehen, wie Sonntag. Auch die unverwundliche Scherznummer „Scherzbräutigam“, die sie mit Reuherg tanzt, wirkt in der Ausführung mit jeder neuen Produktion vollkommener. Ein Fehlschlag war der „Spinnenwälder“, den die Grube mit drei Tänzerinnen vorführte. Solche kleinen Ensemblestücke müssen mit der Exaktheit eines Orchesters wirken, in dem die verschiedenen Instrumente zusammenschlingen und doch jedes zu seinem Recht kommt. Moderne Gruppenstücke, z. B. Rabans, besitzen diese Exaktheit. Der alte Balletstil, auch der der Russen, erreicht sie nicht. In diesem Spinnenwälder sollen vier verschiedene tänzerische Individualitäten zusammenwirken, aber sie wirken neben-, zumeilen gegeneinander. Das Resultat war ein Chaos. I. S.

Der Völkerverbund-ausschuh für zeitliche Zusammenarbeit hat am Montag unter dem Vorsitz von Professor Lorenz seine siebente Tagung geschlossen. Der Bericht der Unterkommission für Wissenschaft und Kunst, bei der das Arbeitsprogramm des Völkerverbundesamt für geistige Zusammenarbeit in künstlerischer und wissenschaftlicher Beziehung regelt, wurde gebilligt. Der Völkerverbundesauschuh hat ferner die Prüfung des Entwurfs der Statuten für das Völkerverbundesamt zur Vereinfachung des Privatrechts abgeschlossen, zu dessen Errichtung in Rom die italienische Regierung sich erboten hat.

Künstlerhilfe. Auf Grund von Vereinbarungen der Werkhülle bildender Künstler, die in Gemeinschaft mit dem Wirtschaftlichen Verband d'ender Künstler Berlin arbeitet, ist vom Landesarbeitsamt Berlin eine Runderversorgung ergangen, welche die Arbeits-

nachweiskontrolle der bildenden und ausübenden Künstler, die die städtische Erwerbslosenhilfe in Anspruch nehmen, regelt, und zwar für sämtliche Künstler, bildende Künstler, Tonkünstler, Schriftsteller und Bühnenkünstler. Die Runderversorgung lautet: „Um für bildende und ausübende Künstler, die die Voraussetzung zur Gewährung von Erwerbslosenerwerbslosen (transferrfähiger) Beschäftigung usw.) nicht erfüllt haben, die Vorbedingung zu schaffen, soll diesen Künstlern gestattet werden, sich wahlweise bei den Bezirksarbeitsnachweiser oder bei der Schöneberg, Neues Rathaus, Rudow-Weiden-Park, Zimmer 288, bei der „Werkhülle bildender Künstler“ vom Landesarbeitsamt Berlin errichteten Zentralstelle eintragen und kontrollieren zu lassen. Die Bezirksarbeitsnachweise werden hierdurch erloscht, Eintragung und Kontrolle solcher Personen auf deren Antrag zu übernehmen.“

Das Mädchen vom Maya-Stamm. Ein lebendes Phänomen erregt gegenwärtig in London großes Interesse, nicht bloß beim Colonistikum, sondern auch bei den Gelehrten, die im Britisch Museum sich mit völkertkundlichen Forschungen befassen. Es handelt sich um ein zwölfsähriges Mädchen namens Emilia Vasquez, das zu dem berühmten Stamme der Maya gehört und von einer Engländerin adoptiert und aus Südamerika nach England mitgenommen worden ist. Der Volkstamm, dem das Mädchen entstammt, zählt heute nicht viel mehr als fünfzig Genossen und ist im Aussterben begriffen. Er wohnt in der Nähe einer vulkanischen Ortschaft bei Subantum (?), der tausendjährigen Ruinenstadt, die vor einiger Zeit in Britisch-Honduras entdeckt worden ist. Der Maya-Stamm hat eine vieltausendjährige Geschichte; er weist gewisse Ähnlichkeiten mit der mongolischen Rasse auf und wurde nach der spanischen Invasion in Südamerika dezimiert. Der ganze Juchst des Lebens der Maya war dem der Mexikaner ähnlich, nur angepaßt dem bedeutend wärmeren Klima, in dem sie lebten (Purcton, Tabasco und Guatemala). Die Kleidung bestand bei den Männern aus einer Schambrinde, bei den Frauen aus einem um die Hüften gewickelten Tuch; der Oberkörper blieb meist unbedeckt. Die Maya schnitten den Kindern den Kopf zwischen Breiter, um ihm eine lange, abgeplattete Gestalt zu geben; die Zähne teilten sie spitz, den Oberkörper tätowierten sie; das war ihr Schönheitsideal. Daß die Kultur der Maya auf einer adäquaten Höhe stand, beweisen die Architekturdenkmäler und die Bilderschriften des Stammes, die sogenannten Maya-Hieroglyphen, von denen mehrere uns noch erhalten sind (Dresden, Paris und Madrid). Die Maya stehen im Rufe, die geschäftigsten Menschen der Welt zu sein: es gibt bei ihnen z. B. keinerlei Viehdressuren zwischen Mann und Frau, Eltern und Kindern; niemand weint oder trauert, wenn ein Familienmitglied stirbt. Emilia Vasquez erweist sich in dieser Hinsicht ihres Stammes durchaus würdig: London hat auf sie nicht den geringsten Eindruck gemacht, weder im guten noch im schlechten Sinne. Die modernsten Erfindungen, wie Telefon, Radio usw. kennen sie durchaus. Manchmal nur hüpfet etwas wie ein Lächeln über ihr Antlitz, aber sie lächelt dann sozusagen nur aus Höflichkeit und ist im übrigen ein „kleinerer Gast“.

Oberlehrer Müller hält am Freitag, abends 8 Uhr, in der W. la Georgenstraße 30-31, am Bahnhof Friedrichshagen, einen Vortrag über „G. S. W. u. G. M. u. A. K.“ mit Vorführungen der Bode-Schule durch Herrn Ulrich Redau.

Strafantrag im Perlacher Mordprozess.

Totschlag in 11 Fällen: 10 Jahre Zuchthaus.
München, 19. Januar. (Vbz.) Im Münchener Mordprozess stellte der Staatsanwalt folgenden Strafantrag: Für beide Angeklagte wegen Totschlags in 11 Fällen als Mörder, begangen durch die Erschießung der Perlacher Bürger, für jeden Fall sechs Jahre Zuchthaus. Die Strafe soll zusammengesetzt werden in eine Gesamtzuchthausstrafe von 10 Jahren. Die Unterjuchungshaft ist voll anzurechnen. Die Anklage wegen Mordes im Falle Ludwig wird fallen gelassen.

Heute wurden die Sachverständigen vernommen. General Erzengel Ernst v. Dorn gibt zuerst die Befehle bekannt, die für die Truppen maßgebend waren. Als grundlegenden Befehl bestand der bekannte Schießbefehl Koster. Er wurde durch einen Befehl des Gardeschützenregiments verstärkt, der später wieder eingeschränkt wurde. Diese Einschränkung der Befehle ist dem Freikorps Bülow nicht bekanntgegeben worden und konnte ihm auch seinerzeit nicht bekanntgegeben werden. Bei einer Führerbefehlsprechung in Berlin wurde vom Reichswehrminister den versammelten Führern bekanntgegeben, es liege ihm fern, jeden Unterführer zur Rechenschaft zu ziehen, wenn einmal ein Mißgriff erfolge, und der Minister denke nicht daran, jeder Unterführung einen Prozeß zu machen, wenn einmal ein eingebrochener Gefangener erschossen werde, auch wenn dieser nicht unmittelbar mit der Waffe in der Hand angetroffen sein sollte. Für das Oberkommando in München lag keinerlei Veranlassung vor, diese Befehle nachträglich zu verschärfen. Noch weniger habe angefallen des jüdischen Widerstandes der Aufständischen eine Veranlassung vorgelegen, den Befehl abzuschwächen. Diese Notwendigkeit trat erst nach der Befehlshandlung von München ein. Das Oberkommando hat daraufhin einen einschränkenden Befehl gegeben, und zwar am 5. Mai. Es ist aber außer Zweifel, daß dieser Befehl dem Freikorps Bülow zur Zeit des Erlasses noch nicht bekannt sein konnte. Der Befehl betrafte u. a. daß mit der Waffe in der Hand getroffene Personen auf der Straße erschossen werden. Wer festgenommen ist, kann nur gerichtlich abgeurteilt werden; zuständig ist das standrechtliche Gericht. Festgenommene Personen sind der Polizei zu übergeben. Es wurde noch befohlen:

Wer Erschießungen vornimmt, macht sich des Mordes schuldig und wird unter Anklage gestellt.

Der Sachverständige fährt fort: Die Wiederherstellung der Ordnung des Staates haben wir zu danken der Vaterlandstreue und dem Opfermut von Männern, zu denen auch diejenigen gehören, die heute auf der Anklagebank sitzen.

Verleumdungen und Beschimpfungen.

Freytag-Voringhoven verdächtigt die Reichsregierung.

Der seitdem bekannte Breslauer Universitätsprofessor v. Freytag-Voringhoven hielt in Dresden bei einer Reichsgründungsfeier eine Rede, in der er nach einem Bericht der „Deutschen Zeitung“ u. a. ausführte:

Eingehend schilderte der Reichstagsabgeordnete die Führerlosigkeit in Berlin, das Verhandeln und Handeln um Völkern. An starker Führung, wie einst im alten Kaiserreich, fehlt es an erster Stelle bei uns heute. Andere Staaten können vielleicht unter Parlamentarismus und Republik leben, wir Deutsche wollen es nicht. (Stürmisches Brausen) Schonungslos brandmarkte der Redner die Politik des Völkerverbundes, die Erfüllungspolitik und die von Locarno und stellte fest, daß das Volk überall getäuscht wird, daß wichtigste Dinge ihm verschwiegen werden. Besonders mit Stresemann rechnete Freytag-Voringhoven ab und brandmarkte seine unselbige Vergesslichkeit im Geiste der neuerwachten Schlagwort-Aktivität der Wilhelmstraße. Stürmische Zustimmung erwiderten des Redners Worte, als er laut in den Riesensaal rief, daß es unsere Aufgabe sei, die neue im Zeichen des Eintrits in den Völkerverbund gebildete Regierung wieder zu Fall zu bringen.

Wie so oft operiert hier der deutschnationalen Hochschullehrer mit Verleumdungen und Beschimpfungen der Regierung. Er hat sich bei einer ähnlichen Gelegenheit schon einmal einen Beweis beigegeben. Der vorliegende Fall zeigt von neuem, daß Professor Voringhoven nicht imstande ist, sich in den Grenzen zu bewegen, die einem Hochschullehrer gezogen sind. Der Kultusminister, der in dem sehr milderen Fall Velling den Deutschnationalen nicht scharf genug vorgehen konnte, wird sich überlegen müssen, ob er Herrn Voringhoven gegenüber nicht die Mittel anzuwenden verpflichtet ist, die von deutschnationaler Seite so oft bei unpassender Gelegenheit empfohlen werden.

Geistige Zusammenarbeit.

Eröffnung des Völkerrechts-Instituts.

Paris, 12. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Das Internationale Institut für geistige Zusammenarbeit wurde am Sonnabend im Palais Royal, von dem ein Flügel dafür hergegeben wurde, in Anwesenheit des Präsidenten der Republik, der Minister, der Diplomaten und zahlreicher Vertreter der Wissenschaft und des Geisteslebens sowie der Presse feierlich eröffnet. Die Uebergabe an den Völkerverbund erfolgte durch Unterrichtsminister Daladier, der in seiner Ansprache an Besüchtungen erinnerte, die seinerzeit das Angebot der französischen Regierung in der ganzen Welt ausgeteilt habe. In zahlreichen Ländern habe damals der Argwohn bestanden, daß Frankreich sich einen beherrschenden Einfluß auf die Kultur und das Geistesleben anderer Länder sichern wolle. Um Besorgnisse dieser Art zu zerstreuen, genügt ein Blick auf die Organisation des Instituts und die hohe moralische Autorität seiner Mitglieder. Das Institut sei von dem gleichen Geiste der Zusammenarbeit im Interesse des Friedens und des Fortschritts der Völker befeuert wie der Völkerverbund. Der Baum, der am Ufer der Seine gepflanzt sei, werde seine besten Kräfte aus dem Boden aller Länder ziehen. Eine geistige Zusammenarbeit habe zu allen Zeiten bestanden, aber sie sei auf gewisse Gruppen und Länder beschränkt gewesen. Daladier erinnerte da an den ersten großen wissenschaftlichen Kongreß, den Humboldt zu Beginn des vorigen Jahrhunderts nach Berlin zusammenberufen habe. Gegenüber den Veranstaltungen dieser Art habe das neue Institut des Völkerverbundes den doppelten Vorteil der Dauer und Universalität. — Den Dank des Völkerverbundes für das großzügige Geschenk der französischen Nation sagte der derzeitige Vorsitzende des Völkerverbundes, Scialoja. Der Völkerverbund habe es von seiner Geburtsstunde an als eine seiner vornehmsten Aufgaben betrachtet, die durch den Krieg zerrissenen Fäden der Kultur wieder anzuknüpfen. Er habe zu diesem Zwecke die internationale Kommission für geistige Zusammenarbeit ins Leben gerufen. Um wirklich fruchtbare Arbeit leisten zu können, hätte diese Kommission einer materiellen Basis bedurft, die sie heute dank der Großzügigkeit der französischen Regierung in dem Internationalen Institut erhalten habe. Scialoja schloß mit dem Wunsch, daß die anderen Völker dem französischen Beispiel folgten. Stätten werde demnächst in Rom ein neues internationales Institut zur Vereinfachung des Privatverkehrs der verschiedenen Länder eröffnen. Weitere Ansprachen hielten Sir Drummond Generalsekretär des Völkerverbundes, Lorenz, Präsident der Internationalen Kommission für geistige Zusammenarbeit, Duhaire, Direktor des neuen Instituts und Painlevé als Präsident des Verwaltungsrats des Instituts.

Die Moabiter Katastrophe.

Gasexplosion wahrscheinlich die Ursache.

Es ist amtlich festgestellt, daß eine Gasexplosion die Ursache der Katastrophe ist und daß es anfänglich nur im Hausflur gebrannt hat. Alle anderen Nachrichten waren unzutreffend. Diese Gasexplosion zeigt genau dasselbe Bild, wie die Gasexplosionen im Frühjahr 1908 in der Jagowstraße, in der Reanderstraße, in der Niederwallstraße, 1907 in der Krummelstraße in Charlottenburg und anderen Stellen. Bei dieser Gelegenheit muß mit allem Nachdruck darauf hingewiesen werden, daß täglich in Berlin ein Duzend Gasvergiftungen gemeldet werden und daß diese nicht nur für den Lebensmüden gefährlich sind, sondern auch für die nächste Umgebung. Schon sehr häufig sind in Berlin dadurch Gasexplosionen entstanden, daß man mit Gas angefüllte Räume ohne Vorsicht mit Licht betreten oder Licht angezündet hat.

Aufräumarbeiten im Gange.

Auch heute bildet die Kirchstraße in Moabit das Ziel unzähliger Schaulustiger. Noch immer hält jedoch die Schutzpolizei die Unglücksstraße abgeperrt. In mühevoller Arbeit ging die Feuerwehr daran, die Erkerfront niederzureißen, ein notwendiges Sicherungswerk, das vielleicht den ganzen heutigen Tag in Anspruch nimmt. Absperrung im weiteren Sinne vermindert die Gefährdung der Passanten durch die niederliegenden Steinmengen.

Wie uns von zuständiger Seite mitgeteilt wird, werden die durch die Explosion zertrümmerten Scheiben der Nachbarhäuser durch die Feuerzögler ersetzt, die auch für den Materialschaden auskommt. Das Mobiliar der Verunglückten war größtenteils unversehrt. Man hofft, durch Veranstaltung von Sammlungen und amtliche Hilfe die Existenz der betroffenen Bewohner für die nächste Zeit sicherzustellen. Das Fundament des Hauses ist noch in brauchbarem Zustand. Die Hälfte des Vorderhauses ist vernichtet und muß vollständig neu aufgebaut werden. Der andere Teil bedarf gründlicher Ausbesserung. Die Instandsetzungsarbeiten der Wohnungen im rechten Seitenflügel werden in den nächsten Tagen beginnen. Vor allem denkt man daran, die Vergasung der Fenster so schnell wie möglich durchzuführen, so daß dieser am wenigsten mitgenommene Flügel des Hauses in kurzer Zeit wieder bewohnbar sein wird. Schmerzlich bedauert ist die Bordertreppe, die erneuert werden muß. Arge Verwüstungen sind in den Wohnungen angerichtet. Die Deckenwölbe müssen neu eingezogen werden. Jedenfalls hat eine eingehende Prüfung ergeben, daß die Zerstörungen durch die Explosion weniger durchschlagend gewesen sind, als man zuerst annahm. Währenddessen sind die Bergungsmannschaften dabei, die Erkerkollone herunterzureißen. Immer mehr Schutt häuft sich auf den Bürgersteigen. Auf der Straße liegen herausgestreut Geschäftsbriefe des Seifengeschäfts, zwischen Kleiderreifen, Möbeltrümmern und Tapetenstücken.

Die Aufräumarbeiten der Feuerwehr wurden in den heutigen Morgenstunden fortgesetzt. Es soll weiter versucht werden, den großen Schutthaufen, unter dem man noch die Leiche des Seifenhändlers Mans sowie des zweijährigen Kindes und noch

weitere Leiche vermutet, unter Beobachtung allergrößter Vorsicht abzutragen. Gleichzeitig mit dieser Aktion werden Versteigerungen vorgenommen, um ein Nachstrützen des zerrissenen Mauerwerks zu verhüten. Die Untersuchungskommission, die sich aus Mitgliedern der Baupolizei und der Feuerwehr zusammensetzen wird, wird erst in den nächsten Tagen an den Explosionsherd gelangen können. Die Aufräumarbeiten werden vor diesem Termin nicht beendet sein, da durch die gebotene Vorsicht sich die Arbeiten sehr langwierig gestalten. Das Befinden der im Moabiter Krankenhaus liegenden Schwerverletzten ist zur Stunde unbeeinträchtigt; man hofft alle am Leben zu erhalten. In der Kirchstraße sind ein großer Teil der zerbrochenen Fenster Scheiben wieder eingesetzt worden. Die Gasarbeiten in den Hausfluren wurden bis in die späte Nacht hinein fortgesetzt, da die Bewohner infolge der strengen Kälte sich nicht in den Zimmern aufhalten konnten.

Die Hilfe für die betroffenen Familien.

Zur Unterbringung der obdachlos gewordenen Familien sind, wie wir erfahren, von den zuständigen Stellen sofort die nötigen Vorkehrungen getroffen worden. Einige Familien hatten sich sofort nach dem Zusammenbruch des Hauses an das Wohlfahrtsamt Tiergarten gewendet, und von dort wurde unermüdetlich das Wohnungsamt Tiergarten benachrichtigt, damit für schleunigste Beschaffung von Obdach gesorgt würde. Das Wohnungsamt stellte kurz entschlossen die anderweitige Verteilung freier Wohnungen ein, um die verfügbaren Wohnungen den betroffenen Familien des Hauses Kirchstraße 9 vorzubehalten zu können. Das Bureau des Wohnungsamts blieb über die Dienststunden hinaus bis zum Abend geöffnet, und alles war in Bereitschaft, nötigenfalls sofort zu helfen. Auch wurde angeordnet, daß bei etwaiger Verlegung eines Hauswirts, solche Familien ohne Prüfung sofort aufzunehmen, durch Zwangszumweisung die Aufnahme erzwingen werden müsse. Beamte wurden bereit gehalten, die auf telephonischen Anruf der Abgewiesenen sich ohne Säumen zu dem widerwärtigen Hauswirt begeben sollten. Im Ernstfalle hätte man sogar polizeiliche Hilfe herbeigeht. Bisher sind aber Meldungen von Familien aus dem Unglückshaus nur spärlich eingelaufen, und Schwierigkeiten bei der Unterbringung sind noch nicht entstanden. Auch das Wohlfahrtsamt Tiergarten hat alles vorbereitet, für Notleidende des Unglücks Hauses zu sorgen. Am Montag wurde die Verteilung von Nachschüssen an Arme des Bezirkes einstweilen eingestellt, weil zuerst die von dem Unglück betroffenen Familien befriedigt werden sollten. Vor allem wurde für rascheste Beschaffung von Betten gesorgt, die bei Bedarf verteilt werden sollen. Beim Wohlfahrtsamt sind auch schon Meldungen von Personen eingelaufen, die Kleidung spenden wollen. Eine Familie hat sich erboten, ein vermaltes Kind in Pflege zu nehmen. Dagegen sind Meldungen von Notleidenden zunächst noch nicht eingegangen. Offenbar haben die Bedrängten einstweilen Obdach, Kleidung und Nahrung bei Verwandten oder Bekannten gefunden. Ein außerordentliches Unglück, wie es der Einsturz eines Hauses ist, greift tiefer in die Herzen hinein und macht sie williger zur Hilfe.

Automobilunglück bei Hoppegarten.

Gestern abend gegen 10 Uhr fuhr ein mit sieben Personen besetztes Auto auf der Chaussee in unmittelbarer Nähe von Vogelsdorf bei Hoppegarten auf einen dort stehenden Kraftwagen auf. Sämtliche Insassen wurden mehr oder minder schwer verletzt. Von Berlin wurde sofort ein Automobil des Städtischen Rettungsamtes zur Hilfe gerufen. Inzwischen hatte aber ein Auto der Firma Wertheim, das nach Richtung Berlin fuhr, die Verletzten aufgenommen und nach der Lichtenberger Rettungsstelle 40 transportiert. Hier wurde den Verunglückten die erste Hilfe zuteil. Fünf der Insassen, die leichtere Kopfverletzungen, Hautabschürfungen und einen Rosenbreinbruch davongetragen hatten, konnten nach Anlegung von Kotoverbänden in ihre Wohnung entlassen werden. Zwei Schwerverletzte, der 36 Jahre alte Reisende Willi Bach aus Lichtenberg, Finowstr. 37, wurde mit Kopf- und schweren inneren Verletzungen, und der Schneidermeister Ernst Wolgast aus der Frankfurter Allee 122 mit einem Unterschenkelbruch in das Lichtenberger Krankenhaus durch einen Wagen des Städtischen Rettungsamtes eingeliefert. Die Schuldfrage ist bisher noch ungeklärt.

Der Bau der Republikaner findet am Donnerstag, 21. Januar in diesem Jahre zum ersten Male statt und zwar in sämtlichen Gemeinderäten des Moab. Im Mittelpunkt des Abends wird eine humorvolle Erwählung des Denkmal für „Joachim von Weichen“ stehen. Kandidat Berliner Künstler werden dabei mit. Außerdem ist ein von bekannten Berliner Karikaturisten veranstaltetes „Marinistenloben“ zu erwähnen. Eintrittskarten (nur an Mitglieder der republikanischen Parteien) sind im Gewandhaus des Reichsbanners, S 14, Sebaßianstr. 37/38, erhältlich.

Die Künstler der „Jan-Sunde“ veranstalten am Donnerstag, den 21. Januar 1920, in den Gemächern des Hauptrestaurants „Boo oahher Garten“ einen großen „Kleiner-Rosam-Sall“. Alle Kunstliebhaber und Freunde des Kunstsinns werden hierzu eingeladen und bitten, als „Melodie“ Teilnahme zu erweisen. Nicht weniger als acht Tausend Personen sind am 11. im Normalaal „Alpenfonie“, Szene aus der großen Claret-Küche: „Für die“. Um 12. im Kaiserlichen Schloß aus der Rekonstruktion: „Die Nacht der Räder“ mit Max Grollmann, Käthe Erholz, Max Waldert, Harald Poulsen. Um 12. im Gartenhaus Kadarett.

Die Zentralstelle für Studientische Völkerverbände in Deutschland veranstaltet am Mittwoch, den 20. Januar, abends 8 1/2 Uhr, in der Paulstraße für Politik, Schlichtung, einen Vortrag. Es wird Professor Dr. Zinner über das Thema sprechen: „Nationalismus, Locarnismus, Europäismus.“ Eintritt frei, auch für Nichtstudenten.

15. Berliner Sechstagerrennen.

Rieger-Giorgetti wieder in Führung!

Der Bericht im heutigen Morgenblatt enthält infolge eines Uebermittlungsfehlers einige sinnenstimmende Sätze. So muß es bei der noch dem 4. Spurt von Person entfallenen Jagd heißen: Das Feld fährt „Fächer“. Ferner erschien am Transparent bei der Brämiengangelegenheit für nur deutsche Fahrer nicht eine „rückgängige“, sondern eine „bescheidigende“ Mitteilung. Die Brämi — ein echter Hund — wurde ausgefahren und von Rieger gewonnen. Die Ausländer wurden von der Beteiligung ausgeschlossen, weil Hunde angeblich nicht ins Ausland genommen werden dürfen (17). Nach der 2. Uhr-Nachwertung ergab sich, daß das Paar Rieger-Giorgetti wieder die Führung mit 226 P. vor Rae Ramara — heran 215 P. übernommen hatte. Bei einer in den Morgenstunden stattgefundenen Jagd bekamen die Brüder Vandenhove wegen schlechter Wölfe eine Strafrunde aufgedrückt!

Der Stand des Rennens ist nun folgender: 1. Rieger-Giorgetti 226 Punkte, 2. Rae Ramara — Horan 215, 3. Lonan — Sawall 101, 4. Hahn — Tley 90, 5. Persig — Debaets 81 Punkte, 1. Runde zurück: 6. Bauer — Gottfried 119, 7. Lorenz — Krupat, die nach der gestrigen Jagd nicht zwei, sondern nur noch eine Runde zurücklagen, 8. Gebr. Vandenhove 65 Punkte 2. Runde zurück: 9. Demoll — Stadefeld 175, 10. Rosler — Lewanow 118 Punkte. Beide Paare lagen nach der gestrigen Jagd nicht drei, sondern nur noch zwei Runden zurück.

Bei Beginn der Neutralisation (6 Uhr früh) sind 2712,40 Kilometer gefahren.

Oesterreich, ein deutsches Sehnsuchtsland.

Der Oesterreichisch-Deutsche Volksbund, dem man es hoch anrechnen muß, daß er in vollständigster Weise die Beziehungen zwischen Deutschland und Oesterreich pflegt, hat am Sonntag abend im Künstlerhaus in der Bellevuestraße eine Alpenländliche Wintersehnsucht eröffnet, die dem Zweck dienen sollte und soll, den Berlinern das schöne Oesterreich, wie es sich in Stadt und Land zeigt, näherzubringen. Reichstagsgast, identische Löhne betonte in seiner warmherzigen Eröffnungsansprache, daß die Alpenländliche Wintersehnsucht nur eine Fortsetzung der praktischen Arbeit sei, die der Oesterreichisch-Deutsche Volksbund auf dem Wege zur Verwirklichung der beiden deutschen Staaten seit Jahren zu leisten sich bemühe. Die Ausstellung sei der Beginn einer großzügigen Organisierung des gegenseitigen Reiseverkehrs zwischen Deutschland und Oesterreich. Die Propaganda aber beruhe auf Gegenseitigkeit. Mit demselben Eifer, mit der der Oesterreichisch-Deutsche Volksbund in Deutschland für Deutschösterreich und seine landschaftliche Schönheit werbe, werde die Wiener Ortsgruppe des Volksbundes in Oesterreich für Deutschland und seine großartige Industrie Propaganda machen. Nach dieser Eröffnungsansprache ergriff der oesterreichische Gesandte, Dr. Frank, das Wort und dankte zunächst dem Oesterreich-Deutschen Volksbund und besonders dem Direktor Alfred Berre für ihre im Interesse Oesterreichs entfaltete Tätigkeit. Ich bin, fuhr der Gesandte fort, über die Idee, den deutschen Reiseverkehr mehr als bisher nach den Alpenländern zu lenken, um so mehr erfreut, als für die oesterreichische Volkswirtschaft der Ertrag des Fremdenverkehrs und der sogenannten unsichtbare Export eine ganz bedeutende Rolle in unserer Handels- und Zahlungsbilanz spielt. Es ist keine Frage, daß wir Oesterreicher unseren Gästen aus dem Reich auch noch viele weniger bekannte Naturschönheiten zu bieten haben, und zwar nicht nur im Sommer, sondern auch zur Winterzeit. Es sind aber nicht nur die materiellen Vorteile, welche die oesterreichische Volkswirtschaft aus dem Besuch deutscher Gäste zu erwarten hat, sondern durch den Reiseverkehr aus dem Deutschen Reich wird das nationale und kulturelle Zusammengehörigkeitsgefühl des deutschen Volkes im Reich und in Oesterreich eine bedeutende Stärkung erfahren. Der Gesandte schloß seine sympathischen, mit starkem Beifall aufgenommenen Worte mit einem herzlichem Willkommen. Zum Schluß hielt Herr Kuchwurm einen Lichtbildervortrag, der dem überraschten und hingerissenen Zuschauer Oesterreich als wahres Sehnsuchtsland für alle Naturfreunde, Wanderer, Touristen, Reisende und Erholungsbedürftige erschloß. Man hatte große Lust, spornstreichs zum Anhalter Bahnhof zu rennen und sich in diesem im Winter wie im Sommer gleich schöne Paradiese besichtigen zu lassen. — Die Ausstellung ist bis Mittwoch abend geöffnet. Jeden Abend um 8 Uhr findet auch der Lichtbildervortrag statt. Besuch von Ausstellung und Vortrag sind vollkommen unentgeltlich; jeder Arbeitertourist und Jugendwanderer sollte sie besuchen.

Der Kasernenton bei der Schutzpolizei.

In der letzten Zeit ist darüber geklagt worden, daß in den Quartieren der Schutzpolizei beim Erscheinen eines Vorgesetzten auf den Stuben „Achtung!“ gerufen werden mußte, und daß die Bewohner der Stuben auf diesen Ruf hin aufspringen mußten. Es ist auch häufig, vom Publikum unangenehm und als unzumutbar empfunden worden, daß selbst in den Rezipierbüros beim Erscheinen eines Vorgesetzten „Achtung!“ ertönen wurde, und daß hier die Beamten die Abfertigung des Publikums unterbrechen und aufspringen mußten. Wie wir nun erfahren, hat jetzt der Berliner Polizeipräsident angeordnet, daß dies in Zukunft zu unterbleiben hat, so daß weder in den Räumen der Rezipiere, in denen das Publikum abgefertigt wird, noch in den Stuben der Bereitschaften, für die die Polizeibeamten ja keine zahlen beim Erscheinen eines Vorgesetzten „Achtung!“ gerufen wird. Eine Ausnahme von dieser Anordnung bilden lediglich die Wachbereitschaften und die Wachräume der Rezipiere. Mit dieser Neuregelung hat sich der Berliner Polizeipräsident Gezeßnast ein wirkliches Verdienst erworben einmal um die Polizeibeamten selbst, die ja Staatsbeamte und nicht Soldaten sind, dann aber auch um das Publikum, das diesen Erfolg dankbar begrüßen wird, weil dadurch eine unliebliche Unterbrechung in der Abfertigung auf den Rezipieren künftig vermieden wird.

Gewerkschaftsbewegung

Hufemann über die Amerikareise. Die Verhältnisse im Bergbau.

Der Vorsitzende des Deutschen Bergarbeiterverbandes, Reichs- und Abgeordneter Genosse Hufemann, schilderte kürzlich einen Vertreter des Sozialdemokratischen Pressebüros die Eindrücke, die er gelegentlich der Studienreise der deutschen Gewerkschaftsdelegation in den Vereinigten Staaten gewonnen hat. Bei dem andauernden Streit der Anthrazitbergarbeiter, zu deren Gunsten der Vorsitzende des amerikanischen Gewerkschaftsbundes, William Green, jetzt einen Aufruf zur Unterstützung durch Geld- und Kleiderpenden erlassen hat, gewinnen die Ausführungen Hufemanns eine besondere Bedeutung.

Sehr interessante Eindrücke vermittelte uns der Besuch eines großen Stahlwerkes bei Chicago, das über 15 000 Arbeiter beschäftigt. In dem hochmodernen eingerichteten Werk sehen wir ausschließlich deutsche Maschinen. Kennzeichnend für die musterhafte Menscheneconomie ist die Tatsache, daß von den 15 000 Arbeitern dieses Stahlwerkes

nur 34 unter 18 Jahre alt

sind. Ihre Einstellung erfolgte lediglich mit Rücksicht auf die von ihnen zu unterhaltenden Angehörigen. Die amerikanische Jugend besucht in ihrer überwiegenden Mehrzahl die Schule bis zum 18. Jahre und erhält dadurch eine vorzügliche Allgemeinbildung.

Ueber den amerikanischen Bergbau erklärte Hufemann zunächst, daß Vergleichsmöglichkeiten hier zwischen den amerikanischen und deutschen Verhältnissen kaum vorhanden sind. Die tiefste Kohlengrube, die die deutsche Bergarbeiterdelegation befahren hat, erreichte 150 Meter. Vereinzelt sind tiefere Gruben vorhanden, die größte Tiefe beträgt jedoch nur 400 Meter. Ein Teil der Anthrazit-, sowie der Steinkohle wird im Tagebau gefördert. Ueberall kennt der amerikanische Bergbau Maschinenbetrieb. Im ganzen ist die Gewinnung der amerikanischen Kohle ungünstiger als die der deutschen.

Auf die Frage nach der

Lebenshaltung der amerikanischen Bergarbeiter

äußerte sich Hufemann wie folgt: „Die Lebensverhältnisse der amerikanischen Bergarbeiter sind entsprechend der ungeheuren Ausdehnung des Landes sehr verschieden. In den Bergbaugebieten, in denen die amerikanischen Bergarbeiterorganisationen von den Unternehmern offiziell anerkannt sind, und wo Tarifvereinbarungen bestehen, ist die Lebenshaltung zwei- bis dreimal besser als die des deutschen Bergarbeiters. In den sogenannten unorganisierten Gebieten liegen die Verhältnisse viel ungünstiger. Die Wohnungsverhältnisse sind im Vergleich zu Deutschland hervorragend zu nennen. Viele Bergarbeiter bewohnen Eigenheime, die meist sehr gut ausgestattet sind; fast jede Wohnung hat ihr Bad. Ein großer Teil der amerikanischen Bergarbeiter, in Illinois etwa die Hälfte, sind Autobesitzer. Der Erwerb eines Autos, das bei den amerikanischen Entfernungen ein notwendiges Verkehrsmittel darstellt, ist bei den billigen Preisen und den bequemen Abzahlungen fast jedem gutbezahlten Arbeiter möglich. Ueber den

Stand der Bergarbeiterorganisationen

der Vereinigten Staaten befragt, erklärte Hufemann: „Gegenüber der Organisation der deutschen Bergarbeiter befindet sich die amerikanische insofern in großem Vorteil, als nur ein großer einheitlicher Kohlenbergarbeiterverband vorhanden ist, der Aktionen von vorübergehender größerer Stärke sichert. In den Bezirken, wo die Gewerkschaften sich durchgesetzt haben, sind die Bergarbeiter reiflos organisiert. In einigen Distrikten werden so-

gar die Beiträge bei der Lohnzahlung eingezogen und von den Unternehmern an die Gewerkschaften abgeführt. Im ganzen genommen sind bisher 60 Prozent sämtlicher amerikanischer Kohlenarbeiter organisiert. Der Sitz der Zentralorganisation der amerikanischen Bergarbeiter ist in Indianapolis. Vorstehender ist John Lewis.“

Hufemann streifte auch

Die Frage der Auswanderung.

die manchem deutschen Bergarbeiter angeichts der trostlosen Verhältnisse im deutschen Bergbau verlocken könnte. Allein die seelische und körperliche Akklimatisierung sei für einen Deutschen nicht leicht und komme nur für Jugendliche in Frage. Nicht übersehen werden dürfen die sozialpolitischen Zustände in den Vereinigten Staaten. Eine Pflichtversicherung besteht nur gegen Unfall. Eine Knappschaftsversicherung nach deutschem Muster gibt es in Amerika ebensowenig wie eine Alters- oder Invalidenversicherung. Allerdings gestattet das Einkommen der amerikanischen Bergarbeiter im allgemeinen in jungen und gesunden Tagen die Bildung von Sparguthaben für die Zeiten der Not, der Krankheit und des Alters. Nicht außer acht gelassen werden darf jedoch, daß auch der amerikanische Bergbau

unter der internationalen Abfahrts

leidet. Vor allem in den Weichkohlendistrikten macht sich die Arbeitslosigkeit schon recht fühlbar; in manchen Bezirken werden jährlich nur 140 bis 150 Schichten verfahren.

Hufemann faßte sein Urteil dahin zusammen, daß wegen der augenfälligen Verschiedenheit der geologischen und allgemeinwirtschaftlichen Verhältnisse viele Vorzüge für den amerikanischen Bergarbeiter auf das verarmte Deutschland nicht übertragen werden können. Auf alle Fälle bleibe jedoch Amerika in betriebsorganisatorischer und menschenwirtschaftlicher Hinsicht auf dem Gebiete des Bergbaus für Deutschland vorbildlich.

Arbeitslosigkeit und Gewerkschaften.

In der Plenarversammlung des Ortsausschusses Berlin des ADGB am Montag im „Dresdener Kasino“ hielt Siegle einen Vortrag über „Das Arbeitslosenproblem und die Gewerkschaften“. Er schilderte noch einmal in großen Zügen, wie durch die Saumlage des Magistrats die Durchführung des schon im August vorigen Jahres vom Verwaltungsausschuss des Landesamts aufgestellten Notstandsprogramms verzögert worden sei. Es bedürfte erst der energischen Beschlüsse des Ortsausschusses bei den zuständigen Instanzen, sowie der mehrfachen Veröffentlichungen der Presse, um wenigstens einen Teil der Notstandsarbeiten in Angriff zu nehmen und zu finanzieren. Will man einer Behörde die Schuld an den Verzögerungen zusprechen, so verucht sie, sich reinzuwaschen und die Schuld auf eine andere Stelle abzuwälzen. Die Gewerkschaften werden in ihrem Druck auf die Behörden zur Verringerung der ungeheuren Not der Arbeitslosen, nicht nachlassen und ihn noch verstärken, wenn nicht schnellstens umfangreiche Notstandsarbeiten in Angriff genommen werden. Gewiß kann man innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft das Arbeitslosenproblem niemals lösen, man muß aber die Not der Arbeitslosen zu lindern versuchen, ganz gleich, wie man über die Zweckmäßigkeit von Notstandsarbeiten und dergleichen denkt.

Anschließend an den Vortrag des Genossen Siegle gab der Leiter der gewerkschaftlichen Jugendzentrale des Ortsausschusses einen Bericht über die Maßnahmen, die der Ortsausschuss im Interesse der jugendlichen Arbeitslosen unternommen hat. Die Maßnahmen teilen sich in solche der Jugendfürsorge (Bereitstellung

von geheizten Aufenthaltsräumen und Mitteln zur Speisung u. a.) und der produktiven Erwerbslostenfürsorge (Berufsumschulung und Einrichtung von Kursen u. dgl.). Die zuständigen kommunalen Stellen haben den Forderungen der Gewerkschaften volles Verständnis entgegengebracht, so daß auf deren finanzielle Unterstützung in kurzer Zeit zu rechnen ist. Die Gewerkschaftsvertreter haben ebenfalls mit der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion Rücksprache genommen, die die im Interesse der jugendlichen Arbeitslosen liegenden Maßnahmen zu einem Antrag verknüpfte und der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung unterbreiten wird.

Nach der regen Diskussion, in der u. a. Genosse Stadtrat Brühl auf die verwaltungstechnischen Schwierigkeiten hinwies, die sich der schnellen Durchführung der geforderten Notstandsmaßnahmen entgegenstellen, stimmt die Versammlung einmütig den Forderungen zu, die der Ortsausschuss bei den maßgebenden Stellen mit allem Nachdruck vertreten wird. Diese Forderungen sind: Arbeitsbeschaffung für die Erwerbslosen, Erhöhung der unzulänglichen Unterstützungssätze, Einführung der Kurzarbeiterunterstützung, Einschränkung der Betriebsstillegungen, Aufhebung der Bedürftigkeitsprüfung, Zahlung der Unterstützung an alle Erwerbslose während der ganzen Dauer der Arbeitslosigkeit, baldige Verabschiedung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes.

Hilfsaktion für die amerikanischen Bergarbeiter.

New York, 18. Januar. (Z.) In den gestrigen Notstandsversammlungen der 25 000 streikenden Kohlenarbeiter in Pennsylvania wurden alle bisherigen Einigungsversuche einmütig zurückgewiesen. Die Politik der Streikführer wurde ontgelehrt. Der amerikanische Gewerkschaftsverband hat jetzt die Sammlung für den Hungerfonds zugunsten der Familien der Streikenden eröffnet.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Urban Gahrman; Gewerkschaftsbewegung: Reich; Kultur: Neuland; Dr. John Schilowski; Kultur- und Sanitäts: Felix Rarüdt; Frauen: Th. Giese; (ämtlich in Berlin, Berlin: Bornharts-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Bornharts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Senz u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2.

Zahnpraxis „Ohly“

Ansbacher Str. 52 (am Wittenberg-Platz)
Tel.: Steianplatz 15122.

Garantie für kunstgerechte Anfertigung von Zahnersatz, Plomben in Porzellan, Gold, Kronen und Brücken. Schonendste Behandlung. Mäßige Preise. — Evtl. Teilzahlung.

Krause-Pianos
zu
Miete

Ansbacher Str. 1.
Telefonnummer 15122

Strauwpfenden

über den
Preis der
Paul Gollets,
vormals Fabrikant,
Mariannestr. 3,
Zmt. Bismarck 10008

HUNDE

Katz, Papageien und alle
Haustiere werden behandelt.

Tierärztliche Poliklinik
Chausseestraße 93
ne an Knie übermehaus
Sprechstunden: 11-1 u. 4-6 Uhr

A. Behm - Schwarzbachs
Kaufmännische Privatschule
(inb. F. Egger)

Neukölln, Anmeldung, Gannhoferstr. 1
und Berliner Str. 92 (Privatwohnung)
Beginn neuer 1/2-Jahres- und 1/4-Jahres-
Lehrjahre — Fernstud. Neukölln 1-61

Weisse

Woche

Warenhaus

Wilh. Stein

Damen-Wäsche

Jumper-Untertailen	m. gut. br. Stickerei Ein- u. Ansatz, Stk.	95 Pf.
Damen-Hemd	Trägerform mit Lanzette Stk.	95 Pf.
Damen-Beinkleid	mit Lanzette	95 Pf.
Damen-Hemd	Achselanschluß mit Hohlraum u. Lanzette	1 35
Damen-Hemd	guter Wäschestoff m. schöner Stickerei garniert	1 95
Damen-Beinkleid	guter Wäschestoff mit schöner Stickerei	1 95
Damen-Nachthemd	mit Hohlraum und Ma- donna-Stickerei	2 95
Damen-Prinzebrock	mit Stickerei	1 95
Damen-Prinzebrock	mit schöner Stickerei- garnierung	2 95
Herren-Nachthemden	m. Umlegek., Geisha- form, farbig bes. Stk.	3 95

Taschentücher

Damen-Taschentücher	in Batist, weiß, m. schmal, Hohl, St.	15 Pf.
Dam.-u. Herr.-Taschentücher	in Linon, weiß, St.	18 Pf.
Damen-Taschentücher	Batist, mit gest. Ecke	25 Pf.
Damen-Taschentücher	in Linon, weiß, m. Hohl, gr. Qual. St.	25 Pf.
Damen-Taschentücher	Batist, mit Hohl- raum	30 Pf.
Herren-Taschentücher	in Linon, weiß, pr. Qualität, St.	35 Pf.
Dam.-Taschentücher	Batist, weiß, m. Hohl- raum, extra groß, St.	38 Pf.

Gardinen

Scheibengardinen	gewebter Teil	48 Pf.
Kongrestoff	gestreift	55 Pf.
Halbstores	Etamine mit Einnähen und Volant	1 75
Halbstores	gewebter Teil	2 95
Künstler-Garnitur	Etamine mit Einnähen und Volant	3 95
Künstler-Garnitur	gewebter Teil, Nettig.	2 95
Bettdecken	Etamine mit Motiv und Volant ibettig	3 75
Bettdecken	gewebter Teil, ibettig	3 50
Bettdecken	Etamine mit Einnähen u. Volant ibettig	7 95
Bettdecken	gewebter Teil, ibettig	6 75
Gardinen	gewebt. Teil, Schablonen, Mtr.	78 Pf.

Tischwäsche

Tischtuch	weiß Jacquard 130 x130	3 95
Tischtuch	la. halbl. Jacquard 130 l. varoch. Must. x130	7 90
Servietten	dazu passend 60x60	1 25
Kaffeedecken	pr. Halbleinen 130 l. apart. Karos x130	5 25
Tischtuch	Reinleinen, Damast 150x150	9 50

Wäschestoffe

Wäschetuch	80 cm, mittelfädig	Mtr. 75, 48 Pf.
Renforcé	la. feinfädige Quat. Mtr.	93, 65 Pf.
Linon	leinsart. Anz. 80 cm, 130 cm speziell für Bettw. Mtr.	80 Pf., 1 45
Makobatist	für eleg. Leibwäsche	Mtr. 1.43, 1 10
Körperbarchent	80 cm, vollgriffige Ware	Mtr. 1.28, 95 Pf.
Dowlas	140 cm, hervorragende Qualität für Bettlaken	Mtr. 2.40, 2 25

Garnierte Kopfkissenbezüge
m. Hohl-
raum od.
-stickerei, 80x80 aus prima Stoffen gearbeitet

2 95

Hauswäsche

Handtuch	Gerstenkorn mit roter Kante Stück	48 Pf.
Handtuch	Dreil., weiß und mit Kante Stück	78 Pf.
Handtuch	Jacquard weiß, verschiedene Mus.-r.	85 Pf.
Handtuch	Dreil., od. Gerstenkorn Halb- leinen	95 Pf.
Handtuch	Dreil., prima Halbleinen Stück	1 10

Wäschestickereien

Mtr. 8 Pf.

Rock-Volants

in versch. Mustern
Meter

Mtr. 65 Pf.

Fertige Bettwäsche

Bettbezug	weiß, aus gutem Wäschestoff	5.80 4 80
Kissen	dazu passend 80x80	1.90 1 35
Bettbezug	aus la. Linon 150x200	7.80 6 80
Kissen	dazu passend 80x80	1.23 1 75
Bettlaken	extra kräftig 140x200	3.30 2 95
Barchentbettlaken	mit Kante, volle Größe	3.80 2 85

Geschirrtücher

Halblein., 60x60, weiß
mit roter Kante u. kleinen Fehlern Stück

48 Pf.

Kleiderstoffe u. Seide

Punkt-Mull	Schweizer Ware, in verschiedenen Stellungen	1 35
Voll-Voile	la. Qualität, weiß	1 65
Cheviot	reine Wolle, 150 cm, ellenweit	3 90
Crêpe marocain	doppeltbreit, weiß	1 95
Crêpe de Chine	100 cm, weiß und farbig	6 90

Herren-Artikel

Pique-Oberhemden	weiß, falt., Einsatz u. Pique-Klappmanschett	5 95
Herren-Pique-Sportkragen	weiß, Stück	25 Pf.
Stehumlege- u. Stehkragen	1 Herren, mod. Stück	95 Pf.
Farbige Oberhemden	mit 2 Kragen	4 95
Herren-Wollmützen	moderne Formen und Farben	3 95
Moderne Selbstbinder		58 Pf.

Weißes Porzellan

Kompotteller		Stück 15 Pf.
Dessertteller		Stück 25 Pf.
EBteller	nach	Stück 30 Pf.
Beilagschale	30 cm	Stück 35 Pf.
Butterglocke		Stück 75 Pf.
Sauciere		Stück 95 Pf.
Gemüseplatte	22 cm	Stück 95 Pf.
Tablett	oval, 45 cm	Stück 1 00
Kartoffel'schüssel	mit Deckel	Stück 1 35
Terrine	für 12 Personen mit Deckel, Stück	1 95
Bratenplatten	46 cm 41 cm 36 cm 31 cm 1.95 1.60 1.10 98 Pf.	
1 Gießer od. 1 Zuckerdose		Stück 10 Pf.
Tassen		Paar von 10 Pf. an
Te- od. Kaffeekannen	St. von	50 Pf. an

Wilhelm Stein

Berlin N, Chausseestr. 70/71